

## Im Auge des Hurricane

– von der Stimmung in der deutschen Wirtschaft, westlicher Ratlosigkeit und zu viel russischem Selbstbewusstsein

**Autor: Andreas Steininger**

Tapfer versuchen Wirtschaftsverbände<sup>1</sup>, Handelskammern und nicht zuletzt unser Institut mit dem erfolgreichen Russlandtag Mecklenburg-Vorpommern<sup>2</sup> sich gegen die miserablen politischen Rahmenbedingungen im Verhältnis zwischen der EU bzw. Deutschlands und Russlands zu stemmen. Aber der Ukraine-Konflikt ist weit entfernt von einer Lösung und in der Politik bewegt sich wenig.

### **1. Stimmung in der deutschen Wirtschaft**

Immer wieder wird auf Veranstaltungen für Unternehmer, die in Russland investieren, die Wichtigkeit der guten wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland hervorgehoben. Von diesen Treffen nimmt man häufig die Stimmung der Wirtschaft mit, die man etwa wie folgt formulieren könnte:

*„Wir haben das Primat der Politik mit den Sanktionen akzeptiert, wir haben gezeigt, dass wir mit der Politik der Russischen Föderation nicht einverstanden sind, jetzt muss es aber auch mal gut sein, lasst uns jetzt in Ruhe weiter arbeiten.“*

Tatsächlich ist diese Haltung der Wirtschaft nicht unbegründet. Abgesehen davon, dass annähernd 300.000 Arbeitsplätze unmittelbar oder mittelbar in Deutschland vom Russlandhandel abhängen, sind die wirtschaftlichen Beziehungen zurzeit die einzige wirklich funktionierende Brücke zwischen Deutschland und Russland, die nicht auch noch eingerissen werden sollte. Darüber hinaus schwingt bei vielen Unternehmern das Gefühl mit, dass auch von Seiten der deutschen und europäischen Russland-Politik der vergangenen Jahre einiges im Argen lag, so insbesondere bei der mangelhaften

---

<sup>1</sup> Vgl. nur als Beispiel die Veranstaltung zur Russland-Krise der IHK-Stuttgart am 5. November 2014 in Stuttgart oder die Veranstaltung des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft am 13. Oktober 2014 in der Commerzbank Frankfurt.

<sup>2</sup> Siehe auf unserer Website:

[http://www.ostinstitut.de/de/event/ost\\_event/event\\_ansicht/d/russlandtag\\_in\\_rostock](http://www.ostinstitut.de/de/event/ost_event/event_ansicht/d/russlandtag_in_rostock).

Einbeziehung Russlands in die Assoziierungs-Verhandlungen mit der Ukraine. Aus diesem Gefühl und sicher auch, um die wirtschaftlichen Beziehungen nicht weiter zu belasten, treten viele verhalten bis bescheiden auf.

Außerdem will man die vom Westen gemachten von Seiten der Wirtschaft nicht alleine auslöffeln. Schließlich sind auch viele der Überzeugung, dass Sanktionen gegen Russland sowieso keine Änderung der russischen Politik in der Ukraine herbeiführen werde.

Diese Meinung wird ja nun sogar offiziell durch die neue Außenbeauftragte der EU, Frau Frederica Mogherini, vertreten<sup>3</sup>, so dass Zweifel an den Sanktionen nicht mehr nur zum Repertoire ewig gestriger Russland-Versteher gehören. Auch stimmen die Ereignisse der vergangenen Wochen wenig hoffnungsvoll, dass sich die russische Politik im Hinblick auf die Ukraine durch die Sanktionen fundamental ändert. Dies ergibt sich aus dem wenig erfolgreichen Gipfel in Mailand<sup>4</sup> sowie aus den von Moskau tolerierten Wahlen in der Ostukraine, die nach dem Minsker-Abkommen eigentlich nur nach ukrainischem Recht<sup>5</sup> hätten stattfinden dürfen. Warum also soll die Wirtschaft leiden?

## 2. Stillstand

Aber auch ein weiteres Gefühl ist in der Wirtschaft verbreitet, das Verunsicherung auslöst: Stillstand, Windstille mit der Aussicht auf einen bevorstehenden Sturm, wie im Auge eines Hurricane.

Die politische Lage ist schlecht und nach dem Gipfel in Mailand und dem Gipfel der G20 in Australien auf einen neuen Tiefpunkt angelangt. Zwar gab es auch positive Zeichen. So konnte unter Vermittlung des deutschen Energie-Kommissars Günther Oettinger ein Kompromiss im Gasstreit zwischen der Ukraine und Russland ausgehandelt werden – für die nächsten fünf Monate zumindest.<sup>6</sup> Dies stimmte hoffnungsvoll. Doch die wohl kontroverse Stimmung in Australien macht neutralisiert diesen Hoffnungsschimmer wieder. Bei der weiteren Entwicklung wird es vor allem darauf ankommen, ob die Lage in der Ost-Ukraine stabil bleibt und wie sich Moskau verhält.

Beide Seiten, der Westen und Moskau erwarten ein Entgegenkommen, ohne dass einer das Gesicht verliert. Beiden Seiten haben gute Argumente; aber man steht sich unversöhnlich gegenüber und blockiert sich gegenseitig.

---

<sup>3</sup> EU-Außenbeauftragte Mogherini stellt Russland-Sanktionen in Frage, Interview mit der Süddeutschen-Zeitung, siehe in <http://www.euractiv.de/sections/ukraine-und-eu/eu-aussenbeauftragte-mogherini-stellt-russland-sanktionen-frage-309729>

<sup>4</sup> Das Treffen der Regierungs- und Staatschefs aus Asien und Europa (ASEM) fand am 16.-17.10.2014 in Mailand statt, siehe in <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/mailaender-gipfel-putin-daempft-hoffnung-auf-ende-der-ukraine-krise-13214539.html>.

<sup>5</sup> <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ostukraine-wahl-von-deutschland-nicht-anerkannt-a-1000741.html>.

<sup>6</sup> [http://www.ostinstitut.de/de/news/aktuelles/news\\_ansicht/d/protokoll\\_und\\_vereinbarungen\\_zum\\_plan\\_fuer\\_die\\_gaslieferungen\\_in\\_die\\_ukraine](http://www.ostinstitut.de/de/news/aktuelles/news_ansicht/d/protokoll_und_vereinbarungen_zum_plan_fuer_die_gaslieferungen_in_die_ukraine).

## **b. Im Westen nichts Neues**

Allein die Bundeskanzlerin und der Außenminister scheinen nicht müde zu werden, immer wieder das Gespräch mit Russland bzw. Präsident Putin zu suchen, um auf dem Verhandlungswege Fortschritte zu erreichen. So sprach die Kanzlerin auf dem G20-Gipfel in Australien ungewöhnlich lange mit dem russischen Präsidenten – ohne Erfolg. Hinderlich dabei ist, dass es dem Westen vielfach an Selbstkritik und Konzeption fehlt.

### **aa. Auch der Westen müsste in sich gehen**

Dem Westen kann man durchaus eine Mitverantwortung an der Ukraine-Krise anlasten durch verächtliches Verhalten gegenüber Russland in den vielen Jahren zuvor oder durch die Verhandlung des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine ohne aktive Einbeziehung Russlands. Auch der 20. Februar 2014, wo der Westen trotz ausgehandelten Übereinkommens es zuließ, dass der damalige Präsident Janukowitsch von der Revolution hinweggespült wurde und sich keine Stimme erhob, die die Einhaltung des Tags zuvor ausgehandelten Vertrages verlangte, hat dem Westen viel Vertrauen in Russland gekostet. Auch das „Einkreisungsgefühl“ durch die Nato wird zu wenig beachtet. Dabei verkennen die meisten, dass es gar nicht darum geht, ob dieses „Einkreisungsgefühl“ wirklich real ist; es kommt allein darauf an, dass dies in Russland so empfunden wird. Nicht beachtet wird im Westen auch das „Versailles-Syndrom“, das Gefühl, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine Schmach erlitten zu haben.

### **bb. Einwirkung auf die ukrainische Regierung**

Aber auch die einseitige Unterstützung der ukrainischen Regierung ist problematisch. So wäre vor allem erforderlich, die Führung der Ukraine auf eine Föderalisierung zu drängen, um somit zu versuchen, den separatistischen Kräften und auch der russischen Führung, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Auch sollte die ukrainische Regierung den Ton gegenüber Russland mäßigen.

Die Möglichkeit der Einflussnahme hätte insbesondere die Europäische Union. Zwar unterstrich der scheidende Kommissar Oettinger, dass die EU weder für die Altschulden noch für künftige Gasbestellungen der Ukraine Garantien übernehmen werde.<sup>7</sup> Jedoch verwies er auch auf bereits durch die EU und dem Internationalen Währungsfonds beschlossene Hilfsprogramme. Weitere Programme könnten vielleicht im nächsten Jahre beschlossen werden.<sup>8</sup> Insofern finanziert die EU die Ukraine zumindest indirekt mit. Wer jedoch bezahlt, bestimmt auch, welche Musik gespielt wird. Diese Chance wird von der EU zurzeit nicht wahrgenommen.

---

<sup>7</sup> <http://www.euractiv.de/sections/ukraine-und-eu/durchbruch-bruessel-russland-und-ukraine-einigen-sich-im-gasstreit-309656>)

<sup>8</sup> <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/10/2014-10-31-gasversorgung-ukraine-gesichert.html>)

## cc. Fehlen einer Konzeption

Abgesehen von der starren Haltung Putins, fehlt es dem Westen an einer konkreten Gesamtkonzeption, wie man sich in Zukunft das Verhältnis zu Russland und der Ukraine vorstellt.

Auch wäre es wahrscheinlich den Versuch wert, Russland mit konkreten Angeboten für eine institutionalisierte Einbindung in ein europäisches Wirtschafts- und Sicherheitssystem zu überraschen. Jedoch scheinen weder der EU noch den USA ein konkreter Plan einzufallen oder einfallen zu wollen. Aufrufe wie vom amerikanischen Außenminister Kerry<sup>9</sup>, man solle die westlichen Werte verteidigen, sind weder neu, noch sonderlich kreativ.

Das Sprichwort „Der Klügere gibt nach“ gilt auch hier. Man muss versuchen, den Konflikt zu bereinigen, ohne dass Russland das Gesicht verliert. Selbst wenn dies westliche Politiker aufbrausen lässt: eine andere Möglichkeit gibt es nicht.

## b. Russland fühlt sich sicher und überspannt den Bogen

Aber auch die Haltung Russlands gibt zunehmend zu großer Verstimmung Anlass. Man sieht kaum mehr das Bemühen der russischen Seite, dem Westen entgegen zu kommen.

### aa. Protziges Auftreten und gebrochene Versprechen

Dies beginnt mit kleinen Gesten, so auf dem Mailänder Gipfel, bei dem der russische Präsident die Kanzlerin stundenlang warten ließ, dem protzigen Marine-Aufmarsch vor dem G20 Gipfel in Australien und vor allem der Unnachgiebigkeit Putins bei dem Gipfel selbst.

Ein anderes Beispiel ist, dass Präsident Putin wohl zugesagt hatte, er werde sich öffentlich dafür einsetzen, dass die Wahlen in der Ost-Ukraine nach dem Minsker Übereinkommen stattfinden sollten. Im Minsker Übereinkommen ist festgelegt, dass diese Wahlen nur entsprechend dem ukrainischen Recht durchzuführen sind und nicht nach den von den Separatisten festgesetzten Regeln.<sup>10</sup> Auch hieran hat sich der russische Präsident nicht gehalten. Ferner wurden weitere Treffen der Minsker-Kontaktgruppe nicht mehr einberufen oder kamen gar nicht erst zustande, wobei als sicher angenommen werden kann, dass diese stattgefunden hätten, wenn Moskau nur gewollt hätte. Auch die wohl immer noch andauernden Gefechte in der Ost-Ukraine stimmen nicht gerade hoffnungsfroh.

---

<sup>9</sup> FAZ am Sonntag, 9. November 2014, S. 2.

<sup>10</sup> [http://www.welt.de/newsticker/dpa\\_nt/infoline\\_nt/thema\\_nt/article131986171/Das-Minsker-OSZE-Protokoll-fuer-eine-Feuerpause.html](http://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/thema_nt/article131986171/Das-Minsker-OSZE-Protokoll-fuer-eine-Feuerpause.html).

## **bb. Russland glaubt an die eigene Stärke – vielleicht zu sehr**

Dennoch kann Putin die Stimmung im eigenen Land hinter sich wissen. In Russland geht man davon aus, dass man länger durchhalten zu können. Der Westen brauche das russische Gas und Öl mehr, als Russland deutsche Autos, so die weit verbreitete Auffassung. Man werde sich dann eben in China bedienen. Außerdem wird immer wieder auf die großen Devisenreserven der russischen Zentralbank verwiesen. Auch habe man ja gute Ingenieure und Fabriken und könne alle Produkte im Zweifel selber produzieren. Mit der großen Diskussion über den so genannten „Import-Ersatz“ gaukelt mach sich in Russland selber vor, sämtliche Güter aus Deutschland und dem Westen selber produzieren und damit substituieren zu können.

Gewiss: Russland hat gute Ingenieure und Naturwissenschaftler, die sicherlich zu technischen Leistungen in der Lage sind. Allerdings bedarf es auch eines guten Managements industrieller Produktion, um diese Technik „auf die Straße zu bringen“. Hier fehlt es vielfach in Russland, das ist die russische industrielle Achillesverse, was sich daran ersehen lässt, dass die meisten russischen Industrieprodukte nur unzureichend weltmarktfähig sind.

Im Übrigen wäre ein planmäßiger Importersatz auch gleichzeitig der Wiedereinstieg in die Planwirtschaft.

Jedoch ist das Selbstbewusstsein Russlands zurzeit überbordend. Vor dem Hintergrund dieses Selbstbewusstseins ist auch wahrscheinlich, dass Putin gar nicht mehr anders kann, als die Konfrontation zu suchen, will er nicht selber seine Macht verlieren. Jedes Zurückweichen gilt als unnötiger Gesichtsverlust.

Zurzeit ist Russland jedoch dabei, vor lauter Selbstbewusstsein den Bogen zu überspannen. Dabei ist dies übrigens eine Stereotype der russischen Geschichte: man erduldet lange, dann folgt die völlig unkontrollierte Explosion. Gerade wir als Deutsche wissen, dass man sich nicht mit der ganzen Welt anlegen sollte, so etwas geht selten gut. Und ob Russland gut beraten ist, allein auf die chinesische Karte zu setzen, ist fraglich.

All dies nährt den Eindruck, dass Russland gar nicht mehr wirklich an einer mit dem Westen einvernehmlichen Lösung interessiert ist, sondern nur noch einer Zerschlagung der Ukraine.

Zumindest aber verliert Moskau stetig Vertrauen, auch bei den Fürsprechern in der deutschen Wirtschaft.

### 3. Könnte sich in Russland etwas bewegen? Zu den Folgen der bisherigen Sanktionen

Wenn man die Überlegung anstellt, wie sich in Russland etwas bewegen könnte, so ist naheliegend, zunächst danach zu fragen, was die bisherigen Sanktionen gebracht haben (siehe dazu auch der Aufsatz zu den Sanktionen in diesem Newsletter 4/2014).

Was die Konsequenzen der bisherigen Sanktionen für Russland muss man zwischen direkten und indirekten Folgen unterscheiden. Direkte Folgen sind solche, die sich unmittelbar aus den Sanktionen ergeben (also Reiseverbote für bestimmte Personen, Verbot des Verkaufs bestimmter Güter nach Russland); indirekte Folgen hingegen resultieren aus den Begleitumständen der Krise.

#### a. Direkte Folgen

Die direkten Folgen der bisherigen Sanktionen sind vergleichsweise gering. Zum einen sind nur wenige Industriebereiche direkt betroffen und die natürlichen Personen, die auf den Sanktionslisten der EU und der USA stehen, dürften mit „Hilfen“ aus der russischen Staatskasse rechnen. Insofern sind diese Folgen gesamtwirtschaftlich betrachtet eher symbolischer Natur.

#### b. Rubelverfall und fehlenden Investitionen

Schwerwiegender sind wohl die indirekten Folgen, wobei man berücksichtigen muss, dass hier immer auch andere Faktoren eine Rolle spielen können, wie etwa der Einbruch des Ölpreises.

##### aa. Rubelverfall

Zu den wichtigsten indirekten Folgen, die sich zumindest auch aus den Sanktionen ergeben, gehört, dass der Rubel allein seit Beginn des Jahres um fast 30 % gegenüber dem Dollar nachgegeben, wobei hier sicherlich erschwerend auch noch der Verfall des Ölpreises auf zurzeit etwa 82 Dollar pro Fass Brent<sup>11</sup> hinzukommt. Zuletzt hatte die russische Zentralbank den Rubel mit der Erhöhung des Diskontsatzes auf 9,5 % gestützt und erhebliche Dollarreserven verkauft.<sup>12</sup> Anschließend musste die Zentralbank ganz auf Devisenmarktinterventionen verzichten und den Rubelkurs faktisch freigeben<sup>13</sup>, obwohl die Freigabe erst für 2015 geplant war.

Interessant ist dabei vor allem, dass die Zentralbank die Stützung des Rubels offenbar aufgibt, obwohl man über Devisenrücklagen von knapp 420 Milliarden Dollar verfügt. Dies lässt eigentlich nur den Schluss zu, dass man sich auf einen langen Konflikt einstellt und hierfür die Rücklagen nicht zu früh verbrauchen will.

---

<sup>11</sup> <http://www.wallstreet-online.de/rohstoffe/oelpreis-brent>.

<sup>12</sup> Allein im Oktober 2014 hat die Zentralbank Russlands zur Unterstützung des Rubels rund 30 Milliarden US-Dollar verkauft [http://www.cbr.ru/hd\\_base/default.aspx?prtId=valint](http://www.cbr.ru/hd_base/default.aspx?prtId=valint).

<sup>13</sup> [http://cbr.ru/press/pr.aspx?file=10112014\\_115454dkp2014-11-10T11\\_52\\_10.htm](http://cbr.ru/press/pr.aspx?file=10112014_115454dkp2014-11-10T11_52_10.htm).

## **bb. keine Investitionen mehr**

Auch eine andere Konsequenz der so genannten „indirekten“ Folgen der Sanktionen ist nicht unerheblich. Kaum ein deutscher Mittelständler, der rechnet „wie die schwäbische Hausfrau“ investiert mehr in einem Land, mit dem die politischen Verhältnisse so problematisch sind und Verluste der dort getätigten Investitionen (z.B. durch die Annexion von Anlagen oder Fabriken) nicht mit absoluter Sicherheit ausgeschlossen werden kann.

Gerade dieser Umstand scheint von der russischen Regierung zurzeit wenig beachtet zu werden. Und außerdem scheint man – auch mit Blick auf die antiwestliche Stimmung der Bevölkerung – entschlossen, diese negativen Folgen tragen zu können.

## **4. Abwarten und spekulieren: Varianten, wie es weitergehen könnte**

Vor diesem recht düsteren Hintergrund ist deutsche Wirtschaft, die in Russland engagiert ist, gezwungen, abzuwarten, wissend, dass der Konflikt nicht gelöst ist und ein politischer Orkan tobt, der jederzeit auch die Wirtschaft wieder treffen kann. Planungssicherheit gibt es zurzeit nicht, man kann sich lediglich Szenarien für die Zukunft ausmalen.

### **a. Optimistische (und nicht wahrscheinliche) Variante: der Konflikt löst sich**

Eine Möglichkeit, die zugegeben gerade nach dem Gipfel der G 20 in Australien wenig realistisch ist, wäre, dass sich der Konflikt entschärft. Diese könnte etwa so aussehen, dass die Ukraine auf Druck der EU sich eine föderale Verfassung gibt und Russland einsieht, dass es auf Dauer zur Schonung der eigenen Wirtschaft und Bevölkerung sowie zur Vermeidung der Isolation die Unterstützung der Separatisten aufgibt und tatsächlich Grenzkontrollen zwischen Russland und der Ukraine durchführen lässt. Ferner müsste von russischer Seite ein klares Bekenntnis zur Souveränität der Ukraine kommen.

Dies könnte zu einer Entspannung des Verhältnisses mit der Russischen Föderation führen, idealerweise vielleicht sogar zu einem neuen Partnerschaftsabkommen, welches das Auftreten solcher Konflikte in Zukunft vermeidet, indem Russland aktiver in zukünftige Fragestellungen wie Assoziierungsabkommen eingebunden wird.

### **b. Pessimistische (und leider wahrscheinlichere Variante): Russland bleibt hart, vorerst zumindest**

Die gegenwärtig weitaus realistischere Variante ist, dass Russland gar nicht mehr die Annäherung sucht und sich wenig darum schert, was der Westen denkt, und seine eigene Politik im Hinblick auf die Ost-Ukraine betreibt. Die unmittelbare Folge wäre die Fortführung der Sanktionspolitik – was nicht zu hoffen ist. Aber was wäre wenn?

## aa. Weitere Sanktionen?

Sollte es zu einer Verschärfung der politischen Situation in der Ukraine kommen, müsste der Westen – allein, um glaubwürdig zu bleiben – irgendwann zu weiteren Sanktionsmaßnahmen greifen. Militärische Optionen sind wohl glücklicher Weise ausgeschlossen.

Nur welche Sanktionen könnten hier überhaupt noch wirksam sein?

Ein weiterer Exportstopp für westliche Waren trifft vor allem die europäische und vor allem deutsche Industrie. Russland selber und die russische Bevölkerung sind genügsamer und sind auf Einschnitte medial vorbereitet. Ferner kann man sich – vielleicht nicht sofort, jedoch mittelfristig – auf den asiatischen Märkten versorgen. Dies würde zu einer Abkehr von westlichen Wirtschaftspartnern führen und die deutsche Industrie damit doppelt schädigen. Das gleiche gilt auch für das Abschneiden der Energielieferungen aus Russland.

Auch scheint Russland den Wirtschaftskrieg gut vorbereitet zu haben. Mit einem Devisenpolster von zuletzt etwa 430 Milliarden US-Dollar, das sich allerdings ständig reduzieren dürfte<sup>14</sup>, kann Russland noch recht lange, zumindest über das Jahr 2015 durchhalten.

## bb. Die Bazooka: der SWIFT-Code und Wirtschaftskrieg

Die wohl tatsächlich stärkste und wirtschaftlich einschneidendste Waffe wäre, Russland vom Nachrichtensystem SWIFT abzuschneiden, auf dessen Grundlage Banken untereinander kommunizieren und vor allem Überweisungen vornehmen.<sup>15</sup> Die in Belgien privatrechtlich organisierte Gesellschaft SWIFT könnte über Außenwirtschaftsverordnungen der EU dazu gezwungen werden, russische Banken vom internationalen Zahlungsverkehr abzukoppeln. Damit würde Russlands Finanzindustrie von einem auf den anderen Tag trockengelegt. Mit einer Pleitewelle innerhalb der russischen Industrie wäre zu rechnen, da viele Unternehmen von ihren Krediten abgeschnitten wären; denn dies könnte auch nicht ohne weiteres mehr von den Devisenreserven aufgefangen werden.

Aber auch die ausländischen Investoren dürften bluten. Keine Überweisung einer russischen Tochterfirma an ihre deutsche Muttergesellschaft würde mehr funktionieren, keine Zahlung für eine Lieferung an ein russisches Unternehmen, wenn dieses kein Konto auf Zypern hat. Dies käme einem vollständigen Exportstopp nach Russland gleich.

---

<sup>14</sup> Die Währungsreserven Russlands betragen 428,6 Milliarden US-Dollar (Stand: 31.10.2014) <http://quote.rbc.ru/macro/indicator/1/173.shtml>. Die Staatsverschuldung beträgt 53,75 Milliarden US-Dollar bzw. 12 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Stand: Oktober 2014) vgl. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/171417/umfrage/staatsverschuldung-von-russland-in-relation-zum-bruttoinlandsprodukt-bip/>.

<sup>15</sup> Vgl. Aufsatz von Wehner, FAZ am Sonntag, 9. November 2014.



Auch wären russische Gegenreaktionen zu erwarten. Zwar sind das Auslandsinvestitionsgesetz der Russischen Föderation<sup>16</sup> und das Investitionsschutzübereinkommen von 1989<sup>17</sup> ausländisches Vermögen in der Russischen Föderation. Ob im Falle einer derartigen Eskalation diese Vermögen immer noch sicher wären, ist fraglich.

## **5. Man kann nur hoffen**

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft dürfte wohl weitgehend gegen weitere Sanktionen gegen Russland sein. Zum einen will man nicht Verantwortung für Fehler der europäischen Russlandpolitik übernehmen, zum anderen sagt selber die neue Außenbeauftragte der EU, dass die Sanktionen wahrscheinlich Russland nicht auf einen neuen politischen Weg zwingen werden.

Vom Westen kommen zurzeit keine entscheidenden Impulse zu Lösung der Krise. Russland fühlt sich hingegen stark, hält Europa und die USA hin oder spielt sogar bisweilen ein falsches Spiel. So bleibt nur, auf die nächste Eskalation zu warten.

Vor diesem Hintergrund eines Eskalationsszenarios wäre die ultima ratio die Trennung russischer Banken vom SWIFT-Code-System, was einen vollkommenen Exportstopp gleichkäme. Die Folge wäre ein Wirtschaftskrieg. Man kann man nur hoffen, dass sich die Protagonisten der Folgen bewusst sind.

---

<sup>16</sup> Föderales Gesetz vom 9.07.1999 Nr. 160-FZ „Über ausländische Investitionen in der Russischen Föderation“, Sobr. Zak. RF 12.07.1999, Nr. 28, Pos.3493.

<sup>17</sup> Vertrag der BRD und der UdSSR über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen vom 13.06.1989, ratifiziert mit Beschluss des Obersten Sowjet der UdSSR Nr. 2205-1 vom 29.05.1991. Im Dezember 1991 wurde Russland Rechtsnachfolger der UdSSR, Ajupov/Berger, Kommentar zum Gesetz „Über ausländische Investitionen in der RF, Moskau 2012, Art. 3, Seite 17.